

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verbindungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 2 (ohne Bestellgeld), bei Zustellung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss der Redaktion: Montag mittags 1 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 A für die dreispaltige Zeile oder deren Raum berechnet

Dem Ende entgegen.

Hamburg, den 14. Oktober.

Nach ist die endgültige Antwort Amerikas und seiner Verbündeten auf die deutsche Friedensnote nicht bekannt; aber es scheint nun doch ziemlich wahrscheinlich, daß der Krieg rasch seinem Ende entgegengeht. Präsident Wilson hat auf das deutsche Friedensersuchen mit drei Fragen geantwortet. Er wollte erstens Klarheit darüber, ob die deutsche Regierung die Bedingungen annehme, die er für die Friedensverhandlungen aufgestellt hat, und ob der Zweck von Verhandlungen nur nur der sein würde, sich über die praktischen Einzelheiten der Anwendung dieser Bedingungen zu verständigen. Mit anderen Worten: der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika will die Herbeiführung des Friedens nur dann in die Hand nehmen, wenn Deutschland sich durch die widerprüchliche Annahme der gegnerischen Friedensbedingungen für besiegt erklärt. Der Präsident der Vereinigten Staaten will zweitens seinen Bundesgenossen einen Massenstillstand nur dann vorzuschlagen, wenn die Mittelmächte ihre Truppen aus den von ihnen besetzten Gebieten zurückziehen, und er fragt, ob diese dazu bereit seien. Er will schließlich drittens wissen, ob der Kongress des Deutschen Reiches nur für diejenigen Gebieten des Reiches spreche, die bisher den Krieg geführt haben.

Die deutsche Regierung hat diese drei Fragen so beantwortet, wie dies wohl Präsident Wilson als Vorbildung für weitere Friedensschritte gewinnlich hat. Sie hat erklärt, die deutsche Regierung habe die Bedingungen annehmen, die Präsident Wilson als Grundlage eines dauernden Friedens niedergelegt habe; der Zweck der einzuleitenden Friedensverhandlungen sei also nur noch der, sich über praktische Einzelheiten ihrer Anwendung zu verständigen. Die deutsche Regierung findet sich also damit ab, daß Wilson beziehungsweise die Entente uns die Friedensbedingungen diktiert. Die deutsche Regierung hat sich zweitens im Einvernehmen mit der österreichisch-ungarischen Regierung zur Nüchternheit der besetzten Gebiete bereit erklärt und dem Präsidenten anheimgestellt, den Zusammenhalt einer gemäßigten Kommission zu veranlassen, die die zur Nüchternheit erforderliche Vereinbarung zu treffen hätte. Und die deutsche Regierung hat drittens erklärt, daß der Reichskanzler in jeder seiner Handlungen im Namen der deutschen Volksgemeinschaft und des deutschen Volkes spreche.

Diese Antwort der deutschen Regierung hat in den neutralen Ländern Freuden ausstrahlung ausgelöst. Man hat überall die Auffassung, daß mit dieser Antwort Deutschland endgültig den Weg zu einem raschen Frieden gefunden hat. Auch in London hat das Befanntwerden der deutschen Antwort Freuden ausstrahlung zur Folge gehabt. Die Freude war so groß, daß man in den Kinos und Theatern wieder sang und daß sogar einzelne dieser Bildungs- und Vergnügungstätten ihre Porten schließen mußten.

Auch wir freuen uns, daß nun der langgesuchte Frieden endlich in greifbare Nähe rückt; aber wir können uns nicht freuen über die Art, wie dieser Friede zustande kommt und wie er, allem Anschein nach, beschaffen sein wird. Wir haben nie für einen deutschen Schwert- und Anzionsfrieden nach dem Muster der Altdeutschen geschwärmt; wir wären immer froh gewesen, wenn sich Deutschland siegreich überhaupt hätte, das heißt, wenn es ohne eigene Verluste an Land und Leuten, außer denen, die dem Kriege selbst zum Opfer fielen, und ohne große finanzielle Opfer aus diesem furchtbaren Mordverbrechen wegginge. Wir müßten lediglich die Erhaltung des deutschen Reiches und der deutschen Wirtschaftskraft. Leider wird nun aus dieses Kriegsjahrs, das in Wahrheit das Kriegsjahr des deutschen Arbeiter war, nicht verwirklicht werden. Der Friede wird vielmehr dem deutschen Volk Opfer auferlegen, die uns zum Teil keinen Anlaß geben, Opfer, deren Schwere sich uns nur dadurch gemindert wird, daß uns der Friede doch aus vieles Gute verleiht, das diese Opfer erträglich macht.

Es ist ganz natürlich, daß die Alldeutschen von dem in Aussicht stehenden Frieden noch weniger erbaud sind als wir. Für diese Leute, die den Krieg zur Ergründung der deutschen Welt Herrschaft benutzen wollten, ist einfach ihr ganzes außenpolitisches Streben zusammengebrochen. Und das auch ihre Herrschaft im Innern erlöhigt ist, so müssen sie noch viel dunkler in die Zukunft sehen als die Arbeiter, für die immerhin mit dem Frieden auch viele leichte Punkte am Horizont der Zukunft aufstehen. Den Frieden werden aber die Alldeutschen nicht mehr aufhalten können, sofern nicht die Entente noch ganz unerfüllbare Forderungen stellt. Sie werden ihn auch dann nicht aufhalten können, wenn sie sich dazu Kampfmittel von der Sozialdemokratie aus früherer Zeit bedienen, indem sie in Berlin und anderswo Protest- und Demonstrationssammlungen unter freiem Himmel abhalten. Mit dem Vertreten, das bis zum Sommer dieses Jahres immerhin noch ein größerer Teil des deutschen Volkes auf diese Leute setzte, ist es endgültig vorbei. Dagegen wird immer größeren Massen des deutschen Volkes die Schuld der Alldeutschen an der langen Dauer des Krieges klar, und diese haben allen Grund, sich vor der schließlichen Abrechnung zu fürchten.

Für die organisierte deutsche Arbeiterklasse bricht mit dem Frieden eine Zeit wachsender Arbeit und Verantwortlichkeit an. Großes hat sie während der Demobilisierung und der Ueberleitung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft zu vollbringen. Die Demokratisierung im Innern, die freilich auf halbem Wege nicht stehen bleiben darf, schafft die Voraussetzung dafür, daß dies auf friedlichem Wege geschieht und daß uns jener gefährliche Wirrwarr erspart bleibt, wie er augenblicklich im russischen Reich herrscht.

Kleinwohnungsbauten und Siedlungsfragen.

Von M. Conrad.

Die Zahl der Schriften, die sich mit Vorschlägen für Kleinwohnbauten und mit der Geldbeschaffung beschäftigen, hat in den Kriegsjahren einen solchen Umfang angenommen, daß wir uns nur noch summarisch über den Gesamtinhalt einzelner Bücher äußern können und im übrigen auf die Zitate warten müssen, die diesen vielen Worten folgen werden. Nur wo einzelne Schriften für die Arbeiterklasse etwas Besonderes bringen, soll darüber berichtet werden. Eine solche Schrift ist das Buch „Soziale Wohnungsreform, allgemeine wirtschaftliche Vorschläge zu einer durchgreifenden Veränderung der gesamten Wohn-, Bau-, Haus- und Wohnungswirtschaft von Georg Scheer. Berlin 1918. Verlag Rüttenlocher & Wühlbrecht.“

In dieser Schrift eines Erfahrenen berührt besonders angenehm das erste Buch, nach allen Richtungen die Wohnung und die Schicksale des Bauhandwerkers und der Reichsrentnerin. Verfasser hat übrigens großartig und fast keine Schrift „dem deutschen Volk“ gewidmet; wir können deshalb an ihn auch besondere Ansprüche stellen. In der Tat wird er den Forderungen, die man an ein gutes Buch und vor allen Dingen an eine geistreiche Geldbeschaffung und -verteilung stellen muß, in hohem Maße gerecht. Schon die Vorschläge zur Abschaffung, die Festlegung einer Verschuldungsgrenze, die Abbildung der Werkstätten, die Wöpfung der zweiten Hypothek, die Tilgung des Leberwertes am Boden und viele andere finanztechnische Vorschläge lassen erkennen, wie viel dem Verfasser daran gelegen ist, den Bauhandwerker auf feste Grundlagen zu stellen, die er bis heute bei uns völlig entbehrt, ja so fern vernünftig ist, daß dadurch an ein gewissenhaftes Bauen mit besseren Baukosten selbst noch in Friedenszeiten nur in Ausnahmefällen gedacht werden konnte. Hypothekensicherungen, Bauspeicher- und Provisionswindel, Verkaufsprekulationen sämtlicher Art erschweren den Bauhandwerker schon in Friedenszeiten ganz außerordentlich, so daß damals die Wohnungszunahme nicht mehr Schritt hielt mit dem Wohnungsbedürfnis. Die Bauhandwerker haben die unvollkommensten Verhältnisse geschaffen. Der Bauer, der nur von der Hand in den Mund, das heißt vielmehr von Angelegenheiten lebte und sich von einem Bau zum anderen durchrang, war seit Jahrhunderten eine der widerlichsten Erscheinungen. Er trug im Verein mit den

Zerainpekulanten einen Teil der Schuld, daß das arbeitende Volk in den großen Industriestädten bisher nirgends erträgliche, gesunde Wohnungen erlangen konnte, sondern sich trotz der vielfachen Anwesenheit großer Mietskasernen in elenden, zum Teil unbesetzbaren, zusammengedrückten Wohnhöhlen umherjagen lassen mußte.

Unter diesen jämmerlichen Verhältnissen leiden wir auch heute, und die Wohnungsnot wird sehr erheblich dadurch verschlimmert, daß sich diese barackenhaften Kleinwohnungen in fortgesetzter reparaturbedürftigerem Zustand befinden, den Hauswirt vor große Ausbesserungskosten stellen, die er jetzt noch viel weniger als in Friedenszeiten tragen will, wodurch die knappen Wohnungen noch unwohnlicher werden. Gegen solche großen Mißstände hätte die Gesetzgebung längst einschreiten können; aber für die Befreiung des Volkes der arbeitenden Klasse war bisher nirgends etwas Ernstliches zu erwarten. Wir müssen deshalb schon froh sein, daß Sachverständige wie G. Scheer durch ihre Vorschläge Material liefern, das Pfuschertum und die Schwindelbaugeellschaften lahmzulegen.

In derselben Richtung bewegen sich die Schriften, die der Groß-Berliner Verein für Kleinwohnwesen durch Carl Seymanns Verlag, Berlin, in zwanglosen Heften herausgibt. Eine besonders beachtenswerte Arbeit bringt Heft IV des Vereins: „Anleitung zur Gründung einer Aktiengesellschaft mit Kleinen Aktien im Dienste des Kleinwohnwesens“. Aus dieser Schrift lernen unternehmungslustige Kleinwohnungsjuder die Mittel und Wege kennen, eine ihren Vermögensverhältnissen entsprechende Aktiengesellschaft für den Bau von Kleinwohnungen zu gründen. Solchen Vorschlägen sind Arbeiter allerdings nur selten zugänglich, weil sie keine Bücher an einen Ort gebundene Christen haben. Zeißhaber solcher Aktiengesellschaften können höchstens kleine Beamte und Privatangehörige sein. Für die große Masse der auf Zeitarbeit angewiesenen Arbeiter bedürfen sie Kleinwohnungsbedürfnisse, die vernünftiger sind und dem Arbeiter die Wohnungsfragen mehr erleichtern als bisher. Die großen Siedlungsanlagen, die in letzter Zeit durch die technischen Zeitschriften bekannt wurden, wie zum Beispiel Staaken, sind für besondere Zwecke, für Betriebe der Großindustrie geschaffen, und bannen die Arbeiterklasse in die bekannte Fron und Abhängigkeit. Das Arbeiterquartier ist gebunden an die Arbeitsstelle; wird sie aufgegeben, dann liegt die Arbeiterfamilie in der Regel auf dem Pflaster.

So viel man auch an Schriften und Zeichnungen kennen lernt: das Heim des unabhängigen Arbeiters, das er nicht als Leutenichsel zu beziehen braucht, ist nur vereinzelt geschaffen. In Heft V des Groß-Berliner Vereins für Kleinwohnwesen bringt der oben genannte Verlag eine Darstellung: „Das Einfamilienhaus erstellt vom Privat-Gewerbe“. Schon der Titel zeigt, daß man es mit einer Sonderberechtigung zu tun hat. Es handelt sich hier um „Wremens bauliche Kultur“, die in Rußland von drei Bremer Architekten erörtert wird. Am Schluss des Heftes sind einige Bildbeilagen mitgegeben. Wir lernen hier die besonderen Bauverhältnisse einer einzelnen Stadt kennen, die Stadterweiterung und das Kleinsthaus, die verschiedenen und baugelegenen Maßnahmen zur Erhaltung und Förderung des Kleinsthauses, und endlich die gemeinnützige und private Bautätigkeit.

Herborgerufen ist die gelungene christliche Durchführung der Kleinsthäuser für zahlungsfähige kleine Leute. Inwiefern sie dem Arbeiterstande angehören, geht aus den Beschreibungen nicht hervor, das müßte man in Wremens selbst studieren. Nur die Eigenart der Gesehbildung, die besser ist als die preußische, wird beschreiben und nachgewiesen, wie sich dadurch ein erträgliches Bauunternehmertum herausgebildet hat, und durch welche geringen Mittel es den gemeinnützigen Stellen gelungen ist, Kleinsthäuser herzustellen. Die Bildbeilagen zeigen, mit wie überaus geschickten, vielfach kaffarigen Männen sich die Arbeiter zufriedengeben, wenn man ihnen überhaupt ein Familienunterkommen zu erträglichen Wohnbedingungen gewährt. Die Einfamilienkleinsthäuser haben Fronten von 4,25 bis 5 m. Alles ist auf Dürftigkeit und Sparbarkeit und auf vielweiligkeit zugeschnitten; aber die Häuserchen werden gekauft und werden verlangt, weil Verfasser nicht zu haben ist.

So sehr man also zufrieden sein mag, daß hier überhaupt für den Arbeiter unabhängig von seiner Arbeitsstelle etwas geschaffen wird, wo er kein müdes Haupt überlegen kann, so wenig kann man damit einverstanden sein, nicht



Höchstpreise für Waren aus Papiergewebe

fordert: „Der Legitimatler“. Unter der Ueberschrift: „Wer betrieuert die Waren aus Papiergewebe?“ schreibt er:
„Die Waren aus Papiergewebe haben einen Preisstand...

Das Blatt teilt dann die Gestehungskosten und die Verkaufspreise von Waren aus Papiergewebe mit, die gegen die Verteuerung nicht auf die Fabrikation oder gar auf die Arbeitskraft, sondern auf den Handel zurückzuführen ist...

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbande.

Stellungsergebnis vom 7. Oktober. Vom Hundert der erfassten Mitglieder betrug das Verhältnis der arbeitslos gemeldeten diesmal nur 0,04; am vorigen Jahltage hatte es 0,06 betragen...

Table with 4 columns: Ort, Zahl der Mitglieder, Zahl der arbeitslos gemeldeten, Verhältnis. Lists various locations like Königsberg, Bromberg, Stettin, etc.

Berichte.

Bezirk Erfurt. (Die Köhnerer Unternehmer wieder auf dem Kriegspfade.) In den Nummern 23 und 24 des „Grundstein“ von diesem Jahre...

schieden waren, die Kriegsmittelle Gasse auf Grund unerer Weisung gegen den Schlichtungsausschuss...

München. Unser Zweigverein hielt am 9. Oktober seine Quartalsversammlung für das dritte Quartal 1918 ab. Der Kasienbericht lag im Druck vor...

Wien. Die Arbeiter gütiger als in den Großstädten, dort seien die Bauarbeiter Selbstverwalter, allgemeines Weiszen hervorgehoben. Die Besatzung der Unternehmer trifft für unsere Bezirkverein unbedingt nicht zu...

einer Zustimmung zur Tarifverlängerung neigen die Nürnberg-gürtler Bauarbeiter nur dann zu, wenn die Unternehmer bereit sind, in der Lohnfrage einen bedeutend weite-

Der Stand uneres Verbandes.

Bezirk Breslau.

In unserem Bezirk des verächtlichen Belagerungszustandes ist von einem regen gewerkschaftlichen Leben seit langem keine Rede mehr...

Glücklicherweise sind es nur wenige Ausnahmen, wo die Kollegen einen solchen Standpunkt einnehmen, und im übrigen wurde festzuhalten, dass der für den oberirdischen Zündstoffgeschäft bestehende Tarifvertrag auch für die Krupp-Belegschaften gelten sollte...

